

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 140 (1974)

Heft: 5

Artikel: Erster Weltkrieg und "Friedensforschung"

Autor: Gasser, Adolf

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-48793>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 17.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Erster Weltkrieg und «Friedensforschung»

Professor Dr. Adolf Gasser

I.

Der Erste Weltkrieg ist nicht, wie man bisher allgemein glaubte, unbeabsichtigt ausgebrochen, gleichsam als eine Art Betriebsunfall. Seit 1969 weiß man, daß auf einem Potsdamer Kriegsrat vom 8. Dezember 1912 die möglichst baldige Kriegsentfesselung beschlossen wurde: gemeinsam gegen Rußland und Frankreich und, sofern es nicht anders gehe, auch gegen England¹.

Daß wir Heutigen über jene Potsdamer Geheimbesprechung Näheres wissen, grenzt an Zufall. Einer der Teilnehmer, Admiral Müller, führte Tagebuch, das hierüber 1965 in frisiertem, 1969 in authentischem Text bekanntgegeben wurde. Darüber hinaus orientierte der mitteilungsfreudige Kaiser am Tage nach dem Kriegsrat unter dem Siegel der tiefsten Verschwiegenheit den preußischen Kriegsminister, und der wiederum gab das Geheimnis an die süddeutschen Militärbevollmächtigten in Berlin weiter. Von ihnen sandten der Sachse Leuckart und der Bayer Wenninger «streng vertrauliche» Berichte nach Dresden beziehungsweise München, die wieder aufgefunden worden sind. Zusammen mit Müllers Tagebuch liegen also drei unabhängig voneinander niedergeschriebene Quellen vor, die sich nicht widersprechen, wohl aber aufschlußreich ergänzen.

Was war vorgegangen? Seit Oktober 1912 waren weite Kreise der deutschen Nation wie der Armee über den Verlauf des Ersten Balkankriegs bestürzt, zumal weil die besiegte Türkei mit dem Sandschak Nowibasar jenes Grenzgebiet verlor, das sie mit Österreich verband: die Rochadelinie für die ersehnte Militärachse Berlin–Wien–Konstantinopel–Bagdad. Die deutsche und die österreichische Presse überquollen deswegen an kriegerischen Drohungen, und unter solch allseitigem Druck sicherte am 2. Dezember der Kanzler Bethmann Hollweg in einer Reichstagsrede der Donaumonarchie, wenn sie in Serbien einrücke und deswegen von Rußland angegriffen werde, die deutsche Waffenhilfe zu. Gegen eine solche Verfälschung des Zweibundes Berlin–Wien in eine Offensivallianz wandte sich der Abgeordnete Kanitz als Sprecher der rußlandfreundlichen Konservativen. Und tags darauf ließ eine geheime Warnung der britischen Regierung keinen Zweifel darüber, daß sie sich in einem solchen Kriegsfall zu Deutschlands Gegnern schlagen müsse.

Mit diesen Komplikationen befaßte sich der vom Kaiser am 8. Dezember einberufene Kriegsrat, zu dem er neben dem Generalstabschef Moltke drei Admiräle (Tirpitz, Heeringen, Müller) geladen hatte. Die drei bekannt gewordenen Quellen berichten: Moltke «halte einen Krieg für unvermeidlich», «will den Krieg», «war für sofortiges Losschlagen». Als Begründungen gab er vor: «Die Armee käme in immer ungünstigere Lage», «seit Bestehen des Dreibundes sei der Moment niemals günstiger gewesen», der Krieg «komme jetzt Frankreich nicht gelegen, was sich aus dessen Eintreten für eine friedliche Lösung der Verhältnisse entnehmen lasse». Da aber erfolgte ein Einspruch seitens der Marine. Gemäß

¹ Einen Überblick über die von Fritz Fischer und John Röhl 1969 neu erschlossenen Tatbestände mit näheren Quellennachweisen vermittelt meine Studie «Der deutsche Hegemonialkrieg von 1914» (in: Imanuel Geiß/Bernd Jürgen Wendt, Hrsg., «Deutschland in der Weltpolitik des 19. und 20. Jahrhunderts», Fritz Fischer zum 65. Geburtstag, Düsseldorf 1973). Hier seien die wichtigsten Neuerkenntnisse kurz zusammengefaßt.

den drei Berichten forderte Admiral Tirpitz «das Hinausschieben des großen Kampfes um anderthalb Jahre», «daß es erst in einem Jahre dazu käme», «Aufschub für ein Jahr». Zwei der Quellen geben auch den Grund an: «bis der Kanal und der U-Boot-Hafen Helgoland fertig seien». Und Wenninger vermerkt ausdrücklich: «Ungern ließ sich der Kaiser zu dem Aufschub bestimmen.»

Die Gründe, weshalb Tirpitz im Kriegsrat durchdrang, sind unschwer zu erschließen: Erst mußte der Kieler Kanal so weit vertieft sein, daß die großen Schlachtschiffe der Nordsee- und der Ostseeflotte jederzeit kooperieren konnten, um britische oder russische Landungsversuche mit vereinigter Schlagkraft abzuwehren und sie so von vornherein aussichtslos zu gestalten. Ausnehmend wichtig war das vor allem in den ersten Kriegswochen, in denen fast das gesamte Feldheer an der Westfront konzentriert war, um dort gemäß dem Schlieffen-Plan, mittels eines Sichelschnitts durch Belgien, den Franzosen ein Riesen-Cannae zu bereiten. «Ungern», doch notgedrungen blieb daher Moltke wie dem Kaiser am 8. Dezember 1912 nichts anderes übrig, als zum Losschlagen die Vollendung der Kanalvertiefung abzuwarten. Sie erfolgte am 23./24. Juni 1914: 4 Tage vor dem Attentat von Sarajewo!

Die für den Weltfrieden noch eingelegte Schonfrist von 18 Monaten bot zugleich die Chance, die rußlandfreundliche Stimmung der ostelbischen Großagrariarier zu überwinden. In diesem Sinne rief Moltke im Kriegsrat vom 8. Dezember 1912 in Überschreitung seiner militärischen Aufgaben zu einer hochpolitischen Aktion auf: «Wir sollten durch die Presse die Volkstümlichkeit eines Krieges gegen Rußland besser vorbereiten.» Der Kaiser stimmte sofort bei und gab Tirpitz mit seinen guten Pressebeziehungen entsprechende Anweisungen. So wurde denn damals in Berlin festgelegt, daß der Krieg 1914 wegen eines Ostkonflikts ausbrechen müsse – weil alsdann von der russophoben Arbeiterschaft kaum Widerstand zu erwarten war und weil Österreich-Ungarn nur so mit Sicherheit mitmarschieren mußte. Als die deutsche Riesenaufrüstung vom 8. Januar 1913 an bekanntgegeben wurde, da setzte gemäß Moltkes Programm sofort eine heftige Pressefehde gegen das Zarenreich ein, gestimmt auf den Ton vom «unvermeidlichen Endkampf zwischen Germanentum und Slawentum».

Der Reichskanzler seinerseits hatte am 16. Dezember 1912 von jenem Kriegsrat hintenherum endlich einiges erfahren und daraufhin am 18. vorsichtig auf die Chance hingewiesen, England werde in den ersten Kriegswochen vielleicht doch neutral bleiben, «wenn wir jede Provokation vermeiden». Da reagierte Wilhelm II. recht aufschlußreich: «Es wird hier ein großer Wert auf *Provokation* gelegt. Eine solche läßt sich bei einigermaßen geschickter Diplomatie und geschickt geleiteter Presse *stets konstruieren* (spanische Kronkandidatur zum Beispiel 1870) und muß *stets zur Hand gehalten werden*. Die Ansichten darüber werden stets auf beiden Seiten auseinandergehen» (Hervorhebungen im Original). Diese kaiserlichen Richtlinien hat sich Bethmann Hollweg in der Folge konsequent zu eigen gemacht – im Bewußtsein, daß die von ihm verfolgte «Politik der Diagonale» fortan nur innerhalb des vom Militär beherrschten Kräftefeldes möglich sei. Anders war es unter einem haltlosen Herrscher auch nicht möglich, der die politischen Instanzen bis zum «Zivilkanzler» hinauf den militärischen ostentativ hintanstellte.

Hauptantrieb zum Kriegsentschluß auf den Sommer 1914 hin war die das ganze Heer beherrschende Siegesgewißheit. Wie es im Dezember 1912 Moltke und Ludendorff in einer gemeinsamen Denkschrift formulierten: «Wenn es gelingt, den casus belli so zu formulieren, daß die Nation einmütig und geschlossen

zu den Waffen greift, werden wir unter den augenblicklichen Verhältnissen auch den schwersten Aufgaben noch mit Zuversicht entgegensehen können» – also auch einem Dreifrontenkrieg! Was man bei Ablauf der Schonfrist im Sommer 1914 nötig hatte, war nur noch ein Formulierungsvorwand, um den Angriffskrieg in einen scheinbaren Verteidigungskrieg zu verfälschen. Wie im Einklang damit der deutsche Botschafter Tschirschky in Wien bereits am 4. April 1913 betonte, gelte es, «die Dinge so zu gestalten, daß Rußland oder seine Trabanten als die Angreifer erscheinen». Das Attentat von Sarajewo war da nichts anderes als der herbeigewünschte volkstümliche Vorwand, nach den 18 Monaten der Kriegsaussaat die Ernte nunmehr einzubringen.

Die 18 Monate waren für den Westfeldzug wie für die Ostpolitik plangerecht genutzt worden. Im Frühling 1913 hatte Moltke gemäß dem grundsätzlichen Kriegsbeschluß vom 8. Dezember in aller Heimlichkeit zwei schwerwiegende strategische Maßnahmen getroffen. Auf den 1. April kassierte er den bisher Jahr für Jahr pflichtgemäß neubearbeiteten, auf einen echten Verteidigungskrieg angelegten «Großen Ostaufmarschplan» – ausgerechnet in einem Zeitpunkt, da ohne ihn von 1916 an wegen der russischen Aufmarschbeschleunigung ein Zweifrontenkrieg überhaupt nicht mehr zu führen war. Genau auf den gleichen Tag baute er in den (bisher auch als Gegenstoß gegen einen westlichen Angreifer, bedingt also ebenfalls defensiv konzipierten) Schlieffen-Plan eine von Ludendorff bearbeitete starr-aggressive Variante endgültig ein: den Überfall auf die Festung Lüttich unmittelbar nach Verkündung der Mobilisation. Im Zarenreich andererseits reizte, wie vorauszusehen, die deutsche Liman-Sanders-Provokation in Konstantinopel seit November 1913 zur Gegenwehr. Am 12. Juni 1914 traten russische Handelsdekrete in Kraft, welche gerade die ostelbische Landwirtschaft mit Roggenzollerhöhungen und Erntehelfersperren empfindlich trafen.

Mit all dem waren Ende Juni 1914 die 18 Monate zuvor noch fehlenden drei Prämissen für eine forcierte Kriegsentfesselung von seiten Deutschlands allesamt erfüllt: der vertiefte Nordsee-Ostsee-Kanal in Betrieb, das Heer zum Überfallskrieg im Westen bereit, das Volk vom Junkertum bis zum Proletariat im Zeichen der Russophobie geeint. Hatte Moltke am 1. Juni noch ungeduldig geäußert: «Wenn doch endlich überbrodeln wollte – wir sind bereit, je eher desto besser für uns», so setzte Sarajewo solchen Sorgen ein Ende. Der Tenor des Wiener Ultimatums an Serbien wurde entscheidend von Berlin aus bestimmt – im Blick auf einen russischen Militäraufmarsch «ab irato», wie der Reichskanzler bereits am 23. Juli voraussagte: «Dann aber fühlt das ganze Volk die Gefahr und steht auf.»

Gestützt auf all diese neuesten Quellenschließungen steht fest, daß das deutsche Kaiserreich den Kriegsausbruch von 1914 bewußt heraufbeschworen hat. Nur eine einzige Gegenaktion hätte es vom Kriege abhalten können: die freiwillige Auflösung der Entente, zumal die Bereitschaft Englands, den deutschen Militärs die Hegemonie über das europäische Festland in einem «friedlichen Ausgleich» zuzuspielen und sich mit einer Militärachse Berlin–Konstantinopel–Bagdad abzufinden. In dieser Richtung hat sich Bethmann Hollweg am 8. Juli 1914, am 2. Dezember 1914 sowie am 14. Februar 1918 unmißverständlich geäußert – und auch Moltke ließ in einer Randnotiz vom 13. Juli 1914 indirekt durchblicken, daß bei einem Fallenlassen Serbiens durch Rußland sich eine deutsche Kriegsentfesselung schwerlich rechtfertigen lasse. Doch gerade dieses Hinnehmen einer deutschen Festlandshegemonie kam für die Entente nicht in Frage; sie hätte damit ihren Daseinszweck – ihren einzigen! – preisgegeben. Völlig reaktiv handelnd, blieb den drei Randmächten

in Anknüpfung an Europas Gleichgewichtskämpfe gegen Philipp II., Ludwig XIV. und Napoleon I. nichts anderes übrig, als den mutwillig hingeworfenen Fehdehandschuh aufzunehmen.

Hier ging es direkt um den obersten Lebenswert der europäischen Kultur: um die Freiheit selbst – im Sinne des Vermächtnisses von Jacob Burckhardt: «Retter Europas ist vor allem, wer es vor der Gefahr der politisch-religiös-sozialen Zwangseinheit und Zwangsnivellierung rettet, die seine spezifische Eigenschaft, nämlich den vielartigen Reichtum seines Geistes, bedroht.»

II.

Natürlich wäre es verfehlt, den Kriegswillen der deutschen Militärs seit Ende 1912 irgendwie als Ausfluß von Bosheit oder Heimtücke zu interpretieren. Was sich darin äußerte, war lediglich ein extremes Maß von Borniertheit – im Sinne einer «déformation professionnelle», orientiert am Leitsatz: Kriege habe es immer gegeben und werde es immer geben. Von da aus erschien es geradezu pflichtwidrig, die bestehende Siegeschance unbenützt zu lassen, bis die russische Aufmarschbeschleunigung ab 1916 das sichere Siegesrezept des Schlieffen-Plans unanwendbar mache. Praktisch bedeutete das eine Überordnung des militärischen Kalküls über das politische, des Kriegshandwerks über die Staatskunst. Clemenceau meinte einmal, das Kriegsführen sei eine zu ernste Sache, als daß man es allein den Generälen überlassen könne. Für den Entscheid über Krieg und Frieden, wie ihn die deutschen Militärs seit 1912 maßgebend bestimmten, gilt jene Binsenwahrheit naturgemäß noch in weit erhöhtem Maße.

Die Weltpolitik ist ihrem Wesen nach ein extrem komplexes Ganzes, das nur hochbegabte Staatslenker richtig zu überblicken und zu bewerten vermögen. Bismarck war fähig gewesen, die Augenblicksinteressen und -reaktionen sämtlicher Großmächte richtig einzuschätzen und seinen eigenen König vom Primat der Politik zu überzeugen – im Einklang mit den tiefen Einsichten des Generals Clausewitz. Schon Schlieffen hat, wie der israelische Militärhistoriker Wallach überzeugend nachwies², den Kern der Clausewitzschen Traditionen und Mahnungen leichtthin mißachtet. An die Stelle echter Weltkenntnis und der Fähigkeit zum Differenzieren trat im preußisch-deutschen Offizierskorps seit der letzten Jahrhundertwende die Überbewertung des Simplifizierens und der draufgängerischen Willenskraft. Und das Fatalste: Von der Armee aus überwucherte der neue Geist mehr und mehr auch in den führenden Köpfen der Diplomatie wie der Politik, des Handels wie der Industrie, ja größtenteils sogar in jenen der Wissenschaft.

Es sind vor allem die Aufzeichnungen von Bethmann Hollwegs Sekretär Riezler, in denen jene verhängnisvolle Wendung eindrücklich, ja erschütternd zutage tritt. Nach langer Verzögerung sind sie endlich im Druck erschienen³. Riezler, der sich seit seiner Emigration nach Amerika 1933 von aller Politik fernhielt, starb 1955 in Rom; sein Bruder Walter, der den Nachlaß verwaltete, folgte ihm 1965 im Tode nach. Der Inhalt der Tagebücher ist für die Geschichtswissenschaft von höchster Bedeutung, wahrhaft alles andere als (wie ich einen jüngeren Kollegen behaupten hörte) «Diplomatengeschwätz». Hier spricht jemand, der bis zum Sommer 1917 die Hoffnungen und Sorgen der politischen Reichsleitung an der Quelle miterlebte und zum engsten Kreis der «Eingeweihten» gehörte und der darüber hinaus, obwohl 1914 erst zweiunddreißigjährig, eine außergewöhn-

² Jehuda L. Wallach, «Das Dogma der Vernichtungsschlacht», Die Lehren von Clausewitz und Schlieffen und ihre Wirkungen in zwei Weltkriegen, Frankfurt 1967.

³ Kurt Riezler, «Tagebücher, Aufsätze, Dokumente», herausgegeben von Karl Dietrich Erdmann, Göttingen 1972.

lich selbständige und oft in die Tiefe dringende Urteilskraft besaß.

In einem Zentralpunkt enttäuscht die wichtige Publikation: Sie umfaßt bloß die zweite Hälfte des Ganzen, nämlich die Tagebücher ab 7. Juli 1914. Alles aus der Vorbereitungsphase des Angriffskriegs seit 1912 wurde von Riezlers Bruder angeblich «verbrannt» (Mitteilung des Herausgebers, S. 11, 163), weil der «Inhalt vornehmlich privater Natur gewesen sei». Nur einige Passagen aus den Jahren 1910/11 wurden von ihm «abgeschrieben» und gerettet, weil er sie als «historisch wichtig» erachtet habe. Da kann etwas nicht stimmen. Jene geretteten Partien aus den Heften 27/28 sind nach Charakter und Stil genau gleichgeartet wie die Kriegsaufzeichnungen in den Heften 31 bis 50; am Ende der Friedensperiode (1912 bis 1914) kann Kurt Riezler, auch wenn er sich damals mit Liebermanns Tochter verlobte, schwerlich alle politischen Glossen unterdrückt haben. Wann aber erfolgte die Vernichtung des ersten Halbteils? Am ehesten um 1964. Erst damals nahm Riezlers Tochter Einsicht in die Texte, und als einem Ehrenmann dürfte es ihrem Onkel kaum eingefallen sein, ohne Zustimmung der gesetzlichen Erbin in deren Eigentumsrechte einzugreifen.

Aus Raumangel greifen wir aus Riezlers aufregenden Notizen nur einiges wenige heraus, was sich auf ihr Zentralthema Politik und Armee bezieht. Schon zum 23. Juli 1914 bemerkt er über den Kronprinzen: «Der, von lauter alldeutschen und gänzlich ungebildeten Offizieren umgeben, hat wieder einige kriegslustige Depeschen an alldeutsche Redner und Schriftsteller losgelassen ... Wo sind nur die gebildeten Offiziere hingekommen, die Preußen groß gemacht haben?» (Die Empörung des Kanzlers über den Thronfolger beruhte darauf, daß dieser zu einem unverhüllten statt einem verschleierte[n] Angriffskrieg hintendierte!) Zum 21. August: «Die Militärs wollen 480 Millionen von der Provinz Flandern erheben. Keine Ahnung von modernem Geldverkehr, meinen in Brüssel noch alles Gold der belgischen Bank zu finden.» Vom Hauptquartier Luxemburg vermeldet Riezler zum 20. September: «Der Begriff des rein Militärischen feiert hier Orgien.» Und am 22. November meint er zur Möglichkeit eines «deutschen Aufstiegs zur Weltherrschaft», sie gehe «an der Unbildung der Deutschen, insbesondere dem politischen Gewicht der Meinung des unpolitischen Soldaten zugrunde».

Just die politische Ignoranz und Arroganz der deutschen Militärkaste schuf in den besetzten Gebieten Europas unnötigerweise vermehrte Schwierigkeiten. Den Stabschef des Generalgouverneurs in Warschau bezeichnet Riezler am 27. Oktober 1915 als «Prototyp des dummen miles, wütend, daß die Leute hier polnisch sprechen, polnisch Theater spielen etc. – Gegner der von uns gemachten Universität.» Und am 26. November: «Sorge wegen Polen. Furchtbarer Krebschaden des politischen miles. An der Unbildung der herrschenden Schichten und dem Glauben, daß die Uniform alles versteht, gehen wir zugrunde.» 11. November 1916: «In Warschau macht das Militär bei der Begründung der polnischen Armee, in die, da es eine militärische Angelegenheit ist, niemand hineinreden darf, die üblichen psychologischen Fehler.» Und über Ludendorff persönlich am 29. Dezember 1916: «Seltsamer Mann, große Energien, wunderbarer Strategie, politisches Kind, ganz ungebildet, entdeckt die selbstverständlichsten Dinge als ganz neue, leider auch oft die verkehrtesten.»

Bei aller Kritik am überwuchernden Militarismus legen die Riezler-Tagebücher doch immer wieder dar, daß das Hauptübel tiefer saß als in der Beschränktheit seiner Vertreter: nämlich in dem ihnen von der öffentlichen Meinung zuerkannten Übermenschentum. Zum 9. Januar 1917 ist zu lesen: «Wahres Wunder,

daß das deutsche Volk an diesem Dilettantismus, an den es unerschütterlich glaubt, weil er eine Uniform anhat, nicht Schiffbruch leidet ... Das Schlimmste ist, daß es für das Volk militärische Fehler kaum gibt, diese Ursache also dem öffentlichen Geist ewig verborgen bleibt, also auch nicht korrigiert wird ... Ungeheure Tüchtigkeit auf allen Spezialgebieten und gänzlich Ver-sagen, wo wahre Bildung, Übersicht über das Menschengetriebe und Perspektive nottut – Signum des heutigen Deutschen.» Eben dies war, so wird man hinzufügen müssen, schon vorher zum Signum des Wilhelminischen Zeitalters geworden. Was das Militär wollte und versprach, das galt dem Großteil der Nation schon lange als oberste Wahrheit, nicht zuletzt dem Akademikertum – und da blieb auch dem ehrenwerten «Zivilkanzler» gar nichts übrig als mitzutun.

Zu Zwecken der Selbstrechtfertigung begründete Bethmann Hollweg am 6. Juli 1914 gegenüber Riezler den Österreich gewährten Blankoscheck mit den ihm bekanntgewordenen englisch-russischen Geheimverhandlungen über eine allfällige Marinekonvention. Erwin Hölzle schließt daraus, angesichts einer solchen Festigung der Entente sei Berlin genötigt gewesen, einen «präventiven Verteidigungskrieg» zu führen^{3a}. In diesen widersprüchlichen Begriff haben sich Politiker wie Historiker noch eh und je gerne verrannt, um einen recht robusten Angriffswillen vor dem eigenen Gewissen zu verschleiern. In Wirklichkeit läßt sich mit vagen Ängsten vor möglichen Entwicklungen späterer Jahre ein Angriff niemals rechtfertigen. Mit vollem Recht bemerkte Fritz Fischer: «Wäre das so, so würden Präventivkriege pausenlos und nicht zuletzt in der Gegenwart eher heute als morgen zu führen sein.»

Wie Kurt Riezler am 25. Mai 1915 rückblickend betonte, war «für die Entstehung dieses Krieges» besonders entscheidend «die Antwort, die Moltke Anfang Juli gab» – mag es nun in einem verschlüsselten Telegramm aus Karlsbad oder anlässlich einer geheimen Dienstreise nach Berlin geschehen sein: «Er sagte eben ja!, wir würden es schaffen.» Als eher weiche Natur, vorwärtsgedrängt von seinen willensstärkeren Mitarbeitern, bekannte sich Moltke zu jenem Siegesoptimismus, wie er damals die neu herangewachsene Generation allgemein erfüllte. Der durch Bismarcks Staatskunst forterhaltene preußische Militärstaat drängte nach 40 Friedensjahren zu neuen Kriegstaten hin, im Einklang mit einer öffentlichen Meinung, die über dem Blendwerk der bombastisch gefeierten Siegesläufe von 1866 bis 1871 sich daran gewöhnt hatte, das Erringen von Schlachtensiegen als höchstes aller Gemeinschaftsideale zu bewerten. Jacob Burckhardt hatte es hell-sichtig erahnt, als er 1872 beim Anblick des deutschen Kronprinzen, sich nur in der Generation irrend, mitleidvoll bemerkte: «Er wird's ausessen.»

III.

Die frühere Ansicht, der Weltkrieg von 1914 sei rein zufällig, von jedermann ungewollt ausgebrochen, hat kurz vor ihrer Widerlegung Anstoß zur Entstehung einer neuen Spezialdisziplin gegeben: der «Friedensforschung». Wenn der Kriegsausbruch, wie man glaubte, damals wirklich für alle Mächte überraschend hereinbrach, so schien logischerweise das Problem gestellt zu sein, welche dunklen Triebkräfte die planwidrige Katastrophe den Regierungen aufgezwungen hatten. Computergläubige Amerikaner, von einigen Briten unterstützt, unterzogen sich seit 1960 der mühseligen Arbeit, die geheimnisvollen Faktoren, die

^{3a} Erwin Hölzle, «Der Geheimnisverrat und der Kriegsausbruch 1914» (Historisch-Politische Hefte der Ranke-Gesellschaft, Heft 34), Göttingen 1973; auch in: «Frankfurter Allgemeine Zeitung», 13. Juli 1973 und – als Antwort Fritz Fischers – 13. August 1973.

sich 1914 vermeintlich als stärker denn alle wohlmeinende Staatskunst erwiesen, aufzuspüren – im optimistischen Glauben, durch wissenschaftliche Erhellung jenes Verhängnisses zu grundlegenden Neueinsicht zu kommen und so ähnlichen Fehlentwicklungen für die Zukunft vorzubeugen. Seit kurzem gelangte die von Amerika postulierte «Friedensforschung» auch in Europa zu Ansehen, als ein Zweig der politischen Wissenschaften, der im Dienste seiner edlen Zielsetzung Anspruch auf öffentliche Geldzuweisungen erhebt – und auch durchzusetzen beginnt.

Dem Bertelsmann-Universitätsverlag kommt das Verdienst zu, jene angelsächsischen Initialforschungen in deutscher Übersetzung in Form eines handlichen Bandes zusammengestellt zu haben⁴. So kann man nunmehr bequem die Studien und Schlüsse der englisch geschriebenen Originalarbeiten überblicken, wenn auch vielfach im Dunkeln bleibt, wieweit die darin verwerteten Untersuchungsmodelle den Computern richtig «verfüttert» wurden – hierin bleibt man auf den guten Glauben an die von den Autoren mitgeteilten Ergebnisse angewiesen. Abgedruckt wurden für die drei Problemkreise neun Studien – 1. Konflikt: von Russett (18 Seiten), Rosecrance (26), Choucri/North (45). – 2. Eskalation: von Richardson (40), Smoker (18), Wright (18). – 3. Krise: von Pool/Keßler (24), Hermann/Hermann (28), Holst/North/Brody (46 Seiten).

Im ganzen ergibt sich aus der Lektüre jener Forschungen, die der Vielfalt der politischen und sozialen Erscheinungen mit dem Computer zu Leibe rücken, ein überaus komplexes Bild. Mathematische Gelehrsamkeit verbindet sich vielfach mit weltfremder Naivität. Gestützt auf Integral- und Differentialrechnungen werden Tabellen und Entwicklungskurven erarbeitet, welche zwischen den Großmächten Kräfteverhältnisse und Konfliktstadien zur Erhellung bringen sollen – im Zusammenhang etwa die jeweiligen Bündniskonstellationen, Rüstungswettläufe, Eskalations-, Informations- und Kommunikationsprozesse. Um ein Beispiel herauszugreifen: Pool und Keßler untersuchen in ihrer Studie «Der Kaiser, der Zar und der Computer» aufs detaillierteste alle den beiden Monarchen am 25. Juli wie am 1. August 1914 zugehenden Informationen und klassifizieren sie gemäß ihrer Wichtigkeit wie gemäß den bei den Herrschern ausgelösten Affekten – wie wenn beide damals die Hauptakteure im Drama gewesen wären. Die eindrucksvollste Kritik des ganzen Verfahrens findet sich in einem geistsprühenden Aufsatz von Herbert Lüthy⁵ – gipfend in seinem wohlberechtigten Sarkasmus: «Die Methode Delphi als letzte Auskunft der Neupythagoräer, die Welt und Gesellschaft als System von Funktionsgleichungen aufzufassen, unterscheidet sich praktisch nur noch durch die Lochkarte vom urzeitlichen Verfahren afrikanischer Dorfversammlungen.»

Zum Glück betrauten die drei Herausgeber Gantzel, Krefß und Rittberger drei jüngere Historiker von großem Verdienst mit der Aufgabe, aus ihrer Sicht zu den Methoden und Schlüssen jener Computersozioologen Stellung zu nehmen. Sie taten es mit erfrischender Deutlichkeit, die den Wert des Buches entscheidend erhöht. Jeder der drei Kritiker beurteilt abschließend einen der drei Hauptabschnitte: John Röhl (Brighton) das Thema Konflikt, Volker Berghahn (Norwich) das Thema Eskalation, Immanuel Geiß (Hamburg) das Thema Krise. Natürlich weisen sie darauf hin, daß die neuen Erkenntnisse über den deutschen Kriegswillen im Jahre 1914 jenen überholten Studien den Boden

⁴ Klaus Jürgen Gantzel, Gisela Krefß, Volker Rittberger (Herausgeber), «Konflikt – Eskalation – Krise», Sozialwissenschaftliche Studien zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges, Düsseldorf 1972.

⁵ Herbert Lüthy, «Die Mathematisierung der Sozialwissenschaften», Zürich 1970.

von vornherein entzogen haben. Doch darüber hinaus sind die Bedenken der drei historischen Fachleute auch grundsätzlicher Natur. Die Sozialwissenschaftler, die den Band herausbrachten, antworten auf die, wie sie selber gestehen, «unerwartet schroffen» Kommentare der historischen Kollegen anerkennenswert sachlich und loyal, ohne aber wirklich überzeugende Gegenargumente beizubringen.

Von den kritischen Schlüssen der drei Historiker seien hier lediglich die unverblümtesten herausgegriffen. Röhl: «Man wird die Ergebnisse dieses aufwendigen und seltsam undurchdachten Forschungsprojektes als bestenfalls unbedeutend und schlimmstenfalls unsinnig bezeichnen müssen ... Man kann nur hoffen, daß nicht gerade diese Schule der amerikanischen Konfliktforschung in Deutschland Schule machen wird.» – Berghahn: «Sicherlich hätte es nicht geschadet, wenn Richardson sich stärker in die unterschiedlichen innenpolitischen Strukturen einzelner europäischer Staaten vertieft hätte. Sind es doch gerade die auf einer ungenügenden Kenntnis der historischen Gegebenheiten beruhenden Prämissen, die seine 'kritische Überprüfung' des Wettrüstens vor 1914 so unbefriedigend machen und damit Zweifel auf die Qualität seiner Theorie werfen.» – Geiß: «Der Versuch, den Kriegsausbruch 1914 ... mit Methoden der Simulation und der Elektronengehirne zu analysieren, mit einem schwindelerregenden Aufwand an soziologischer Fachsprache, Mathematisierung, Personen, Zeit und Geld, stellt sich ... insgesamt als Fehlschlag dar ... (gleich) dem kreißenden Himalaya-Gebirge, das mit viel wissenschaftlichem Getöse ein Mini-Zwergmäuschen gebiert ... Nur weil diese Art wissenschaftlicher Beschäftigungstherapie in den USA offenbar weit verbreitet ist und erheblichen Einfluß ausübt, lohnt sich die kritische Auseinandersetzung als intellektuelle Gymnastik ... Sonst allerdings ist die weitere Beschäftigung damit fast Zeitverschwendung.»

Es ist weder richtig noch nötig, sich Schritt für Schritt zurückdrängen zu lassen. Nachgeben soll nicht aus Furcht, Beharren nicht aus Trotz erfolgen. Beides ist von einem festen Standpunkt aus möglich, der den Willen zur Reform ebenso einschließt wie den Willen zur Behauptung zeitlos gültiger Werte und Prinzipien. Es ist nicht wahr, daß die Systemveränderer Humanität und Weisheit gepachtet hätten. Eher das Gegenteil trifft zu. Das beste System ist dasjenige, das man wieder ändern kann, wenn es sich als ungenügend erweist. Das System, das sie anstreben ist irreversibel.

(Gustav Däniker: Europas Zukunft sichern S. 222)
